



An den  
Vorsitzenden des  
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 29.02.2016

**AN/0428/2016**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	07.03.2016

**Personalgewinnung**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin

die SPD- Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 07.03.2016 aufzunehmen:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein umfassendes Personalgewinnungskonzept zur Deckung der bestehenden Bedarfe -auch unter Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen der Personalentwicklung- zu erarbeiten. Hierbei sind die Herausforderungen des demografischen Wandels, der wachsenden Stadt sowie des Fachkräftemangels zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird gebeten kurzfristig ein konkretes Maßnahmenprogramm für sogenannte Quereinsteiger zu entwickeln.

**Begründung:**

Der demografische Wandel wird die Arbeitswelt von morgen stark beeinflussen und verändern. Korrespondierend mit der Verschiebung der Altersstruktur in der Gesamtbevölkerung wird sich auch die Struktur der Erwerbsbevölkerung deutlich in Richtung älterer Erwerbstätiger verändern. Dies stellt nicht nur die Privatwirtschaft, sondern vor allem auch den öffentlichen Dienst vor große Probleme. Erschwerend haben daneben einige Besonderheiten und Entwicklungen in den vergangenen Jahren die Situation im öffentlichen Dienst zunehmend

verschärft. So haben sich neben dem lange Jahre praktiziertem Personalabbau, der Nachbesetzung frei werdender Stellen mit erheblicher zeitlicher Verzögerung auch die durch das öffentliche Dienstrecht vorgegebenen Strukturen mit Blick auf Leistungsentlohnung und flexible Karriere als Wettbewerbsnachteil erwiesen. Insgesamt ist zu beobachten, dass der öffentliche Dienst seine bisherigen Vorteile gegenüber der Privatwirtschaft – wie zum Beispiel die Arbeitsplatzsicherheit – aufgrund des verstärkten Zwangs zu Einsparungen immer weiter einbüßt. Dadurch wird es immer schwieriger qualifiziertes Personal zu gewinnen, dies gilt für den Verwaltungs- ebenso wie für den bau-/technischen und IT-Bereich als auch für die Sozial-, Erziehungs- und medizinischen Dienste.

**Begründung der Dringlichkeit:**

Die Herausforderungen des demografischen Wandels, der wachsenden Stadt sowie insbesondere des Fachkräftemangels erfordern zügig die Erstellung eines Personalgewinnungskonzeptes. Ein schnelles Gegensteuern mit neuen unkonventionellen Maßnahmen z. Bsp. für Quereinsteiger ist dringend geboten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin